

Fischer in Nöten und Häfen im Wandel

BÜSUM

Krabbenfischer fürchten um ihre Existenz. Der Grund: Die EU möchte den Fang mit grundberührenden Netzen verbieten.

Von Simon Wagner

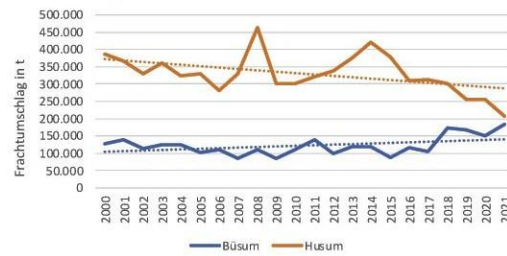
Der Aktionsplan der EU-Kommission wurde am Dienstag vorgestellt. Laut Eigenaussage sei der Plan dazu da, eine zusammenhängende Umsetzung der EU – Umweltpolitik und der gemeinsamen Fischereipolitik voranzubringen.

Erreichen will man das mit der schrittweisen Einstellung der Grundfischerei in allen Meereschutzgebieten bis 2030. „Ich halte diese Ankündigung für nicht gerichtsfest“, sagt Jens Korte, Kümmerer der Krabbenfischer in Büsum. Würde diese Idee der EU-Kommission umgesetzt, wäre Deutschland in unverhältnismäßiger Weise benachteiligt gegenüber anderen EU-Ländern. „Wir haben bereits viele Naturschutzgebiete ausgewiesen. Somit wäre praktisch ab 2030 Schluss mit der Krabbenfischerei in Schleswig-Holstein“, so Korte weiter.

Der Vorschlag würde zudem alle Erkenntnisse der Ökosystemforschung der vergangenen Jahrzehnte ignorieren. Die Fischerei orientiere sie an diesen Erkenntnissen und sei dadurch viel nachhaltiger, als es die EU-Kommission im Aktionsplan darstellt. Außerdem brauche die Fischerei eine Zukunftsperspektive. „Das ist keine Zukunftsperspektive, sondern das Aus“, sagt Jens Korte.

„Für uns würde das einem Berufsverbot gleichkommen“, sagt Jan Möller, Krabbenfischer in dritter Generation aus Büsum. Wie seine Berufskollegen im Büsumer Hafen sieht auch er seine Existenz durch solche Ideen bedroht. „Wir haften hier mit Haus und Hof. Wir sind alles traditionelle Familienbetriebe und keine seelenlosen Konzerne“, sagt Möller. Für ihn werde die Debatte

Frachturnschlag in den Westküstenhäfen 2000 bis 2021 in t



auch fernab von sachlichen Argumenten geführt. Die Diskussionen verliefen fast ausschließlich ideologisch, um politisches Kapital zu schlagen, anstatt den Fischern eine Perspektive zu geben, mit der sie arbeiten könnten, so Möller.

Ähnlich sieht es auch der deutsche Fischerei-Verband. Die einheimische Erzeugung werde zerstört und die Importabhängigkeit steige durch den Aktionsplan, schreibt dieser in einer Pressemitteilung. Gewinner dieser Politik wären Grundschleppnetzfisher aus Drittstaaten außerhalb der EU, die nicht von den Verboten betroffen wären und dann die Lücke in der EU-Flotte füllen. Auf europäischer Ebene bedrohe der Plan rund 25 Prozent der gesamten Fischproduktion und 7.000 Schiffe.

„Wir werden uns dafür einsetzen, dass es nicht so weit kommt“, sagt Jens Korte. Dafür gehe er regelmäßig

in den Dialog mit politischen Entscheidern. Erst in dieser Woche waren unter anderem die SPD-Europaabgeordnete Delara Burkhardt und Landtagsabgeordneter Thomas Höckel in Büsum zu Besuch.

Am Mittwoch lud die Industrie und Handelskammer Flensburg zum parlamentarischen Abend der Westküstenhäfen ins Kieler Landeshaus. Dort wurde eine Studie zur Bedeutung der landeseigenen Westküstenhäfen Husum und Büsum vorgestellt. Neben Agribulks, also Getreide, Futtermittel und Düngemittel, wird das Thema Fischereianlandung in der Studie hervorgehoben. Büsum agiere dabei als wichtige, überregionale Drehscheibe in der Krabbenlogistik. Ein Drittel der in der Nordsee gefangenen Krabben werde in Büsum sor-

tiert und bearbeitet, heißt es in der Standortanalyse der Studie zu den Westküstenhäfen. Insgesamt entstehe in den Westküstenhäfen eine Bruttowertschöpfung von 70,3 Millionen Euro. Auf 1004 Mitarbeiter seien dort beschäftigt und damit „rangieren wir unter den 40 größten Arbeitgebern in Schleswig-Holstein“, sagt Jens Korte. Für Büsum erscheine ein Anstieg von 150 bis 200 Beschäftigten durch zusätzliche Ansiedelung von Unternehmen möglich. Voraussetzung dafür bilde unter anderem eine leistungsfähige Hafeninfrastruktur.

Generell bescheinigt die Studie Büsums Hafen eine positive Entwicklung. Der Frachturnschlag hat sich im Gegensatz zu Husum dort erhöht und ist im Trend steigend. Als Herausforderungen dagegen benennt die Studie unter anderem die fehlende Gleisanbindung und einen



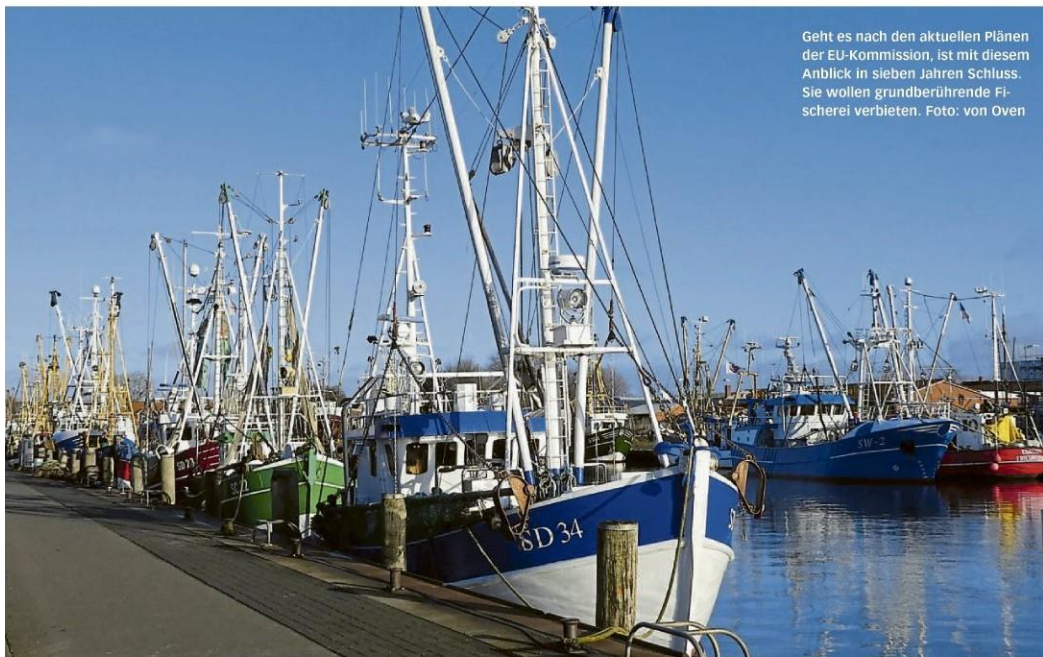
Das ist keine Zukunftsperspektive, sondern das Aus.

Jens Korte

ungenügenden Zustand der Kai-mauern im Bereich der Ostmole oder Nutzungskonflikte durch Mischgewerbe. Für Jens Korte hätten die Ergebnisse der Studie keine großen Überraschungen geliefert. „Das sind alles Baustellen, an denen bereits gearbeitet wird. Die Themenfelder decken sich in weiten Teilen mit denen, aus dem entstehenden Entwicklungskonzept für den Hafen“, sagt Jens Korte und zeigt sich zufrieden über den parlamentarischen Abend, bei dem politische Akteure ins Gespräch mit den beteiligten Vertretern aus der Wirtschaft kamen. Der Maßnahmenkatalog der Studie schlägt neben der Schaffung von zusätzlichen Liegeplätzen und Flächen für Fischereibetriebe vor, größeren Schiffseinheiten eine Abfertigungsmöglichkeit in Büsum zu geben. Auch der Ausbau der Werftinfrastruktur und die Bereitstellung weiterer Umschlags- und Lagerflächen.



Jan Ninnemann (von links) (HTC, Gutachter), Rolf Sörensen (IHK), Florian Lorenzen (Landrat NF & Vorsitzender RK Westküste), Norbert Drengk (stellvertretender Landrat Dithmarschen), Michael Schirduan (Stadt Husum), Hans-Jürgen Lütje (Bürgermeister Stadt Büsum) beim Parlamentarischen Abend im Landeshaus. Foto: IHK Flensburg



Geht es nach den aktuellen Plänen der EU-Kommission, ist mit diesem Anblick in sieben Jahren Schluss. Sie wollen grundberührende Fischerei verbieten. Foto: von Owen